

GERHARD WEISSER

Verteilungspolitik

Eine Kernfrage zwischen Neoliberalismus und freiheitlichem Sozialismus

Dieser Aufsatz ist ein Teil einer größeren Arbeit von Prof. Gerhard Weißer, die sich unter dem Titel „Für oder gegen Marktwirtschaft — eine falsche Frage“ mit einer Abhandlung von Prof. Franz Böhm auseinandersetzt. Diese Arbeit wird demnächst in Form einer Flugschrift veröffentlicht werden.

Die Redaktion

Eine Reihe moderner Wirtschaftstheoretiker, darunter auch NichtSozialisten, vertritt die These, daß eine marktwirtschaftliche Verfassung nicht sinngemäß — ja ohne ständige konjunkturpolitische Eingriffe vielleicht überhaupt nicht — funktionieren kann, wenn die historisch bei ihrer Einführung vorgefundene Verteilung von Einkommen und besonders Vermögen die Startpositionen für den Wettbewerb extrem ungleich macht. Die heute gegebene Verteilung des Volkseinkommens und besonders des Volksvermögens wird allgemein als unbefriedigend empfunden. Jeder ernst zu nehmende Sozialgeschichtsforscher weiß, daß sie nicht das Ergebnis einer Auslese nach Tüchtigkeit und Fleiß, sondern überwiegend die Wirkung außerökonomischer Gewalt und innerökonomischer Ausbeutung ist. Auch der Laie weiß das heute. Jeder Deutsche erkennt diesen Sachverhalt, wenn er einen Blick auf das Schicksal der Vertriebenen und die Startverschlechterung wirft, die auch heute jede schwerere Kriegsverletzung und der Kriegstod des Ernährers bedeutet. Überdies erfüllt unser Schulwesen in

18) Vgl. insbesondere Schiler, K.: „Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung durch Planung und Wettbewerb“ in: „Wirtschaftsdienst“, 33. Jg., H. 5, Mai 1953, S. 283 ff.

sozialer Hinsicht nicht die Ansprüche, die sich ergeben, wenn es auf die Annäherung der Startpositionen ankommen soll.

Unserer heutigen Verteilung liegt überhaupt kein wie immer geartetes Verteilungsprinzip zugrunde, das Sinn haben könnte. Sie ist sinnlos. Auch von hier aus gesehen darf kein heutiger Politiker es unterlassen, ein *Programm der Verteilungspolitik* zu vertreten. Es muß sich in erster Linie mit der historisch gegebenen Startverteilung auseinandersetzen. Mit Recht hat der Sozialismus in seinen verteilungspolitischen Forderungen stets eine Kernposition seiner Programme zur Gestaltung des sozialen Lebens gesehen. Er wird das auch weiterhin so halten müssen, wiewohl das Dortmunder Aktionsprogramm auf diesem Gebiet zu wenig enthält und seine beiden verteilungspolitischen Hauptforderungen — entsprechende Preis- und Steuerpolitik — ohne ausreichenden Anschluß an den neuesten Stand der Theorie formuliert sind. Der Neoliberalismus hat sich bisher mit hinreichender Intensität dem von der Theorie aufgeworfenen Problem der Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft bei bestimmten Startverteilungen noch nicht gewidmet. Konkret gesprochen, handelt es sich hier um die Frage, ob die heute historisch gegebene Startverteilung den in der Bundesrepublik von Erhard eingeleiteten Versuch, wenn die Gunst der Verhältnisse ihm einmal weniger als heute entgegenkommen wird, gemessen an seinen höchsten Zielen illusorisch machen wird oder nicht.

Viele Sozialisten vermögen die Großzügigkeit (und selbstverständlich auch innere Unabhängigkeit) des Erhardschen Versuches nicht zu erkennen und setzen daher ihre Kritik nicht richtig an. Der Kern der Kritik muß sein, daß diese Politik keine fundierte verteilungspolitische Konzeption hat. Das Wort, daß die „beste Sozialpolitik in einer guten Wirtschaftspolitik bestehe“, kann hier nicht weiterführen, da diese Formel inhaltsleer ist, sofern sie nicht mit Folgerungen aus der Erkenntnis verbunden ist, daß *keine Wirtschaftspolitik wissen kann, ob sie gut ist, wenn sie nicht von einer bestimmten verteilungspolitischen Position ausgeht*: Die Schätzung des Sozialproduktes hängt davon ab!

Der Neoliberalismus nimmt nicht intensiv genug an der philosophischen Diskussion der Frage teil, welche Verteilung denn nun herrschen sollte. Daß darauf nicht das sog. „Leistungsprinzip“ antworten kann, steht heute fest. Die Theorie hat es als notwendig unbestimmte Formel erkannt. Das „Handbuch sozialdemokratischer Politik“ hat dieses Ergebnis der Theorie übernommen (Artikel „Einkommens- und Vermögensverteilung“ u. a.). Von den ethischen Grundforderungen des freiheitlichen Sozialismus und von dem kulturellen Lebensgefühl seiner Anhänger aus läßt sich die Frage nach den unter den heutigen sozialgeschichtlichen Bedingungen geltenden Grundforderungen der Verteilungspolitik beantworten. Kein freiheitlicher Sozialist ist für mechanische Gleichheit.

Daß so viele Praktiker und Theoretiker der Wirtschaft und Wirtschaftspolitik die Verteilung wie ein „Anhängsel“ sehen, liegt auch am Festhalten an einer alten, heute nicht mehr zutreffenden Vorstellung. Man stellt sich die Wirtschaft als einen Vorgang vor, der sich im wesentlichen als ein System von Tauschakten zwischen Selbständigen abspiele. Was dabei herauskommt, sei „Schicksal“. Es falle unter die Verantwortung der Gesellschaft allenfalls nur insoweit, als irgendwo krasse Mißstände auftreten oder das „Spiel“ nicht funktioniert. Tatsächlich aber kann heute die Gesellschaftswirtschaft — ob Marktwirtschaft oder nicht — nur als eine großzügige Vereinigung der Arbeiten aufgefaßt werden, als eine Gesellschaft, die *veranstaltet* wird, für deren *ganzen Bestand* daher die Menschen auch *voll verantwortlich* sind. Die Volkswirtschaft soll zwar nicht verstaatlicht werden, aber sie steht unter unserer Verantwortung, und zwar als solche. Daß die Freiburger Schule der Neuliberalen auch die Marktwirtschaft als gesellschaftliche Veranstaltung erkannt hat, eröffnete die Aussicht auf ein Zusammengehen zwi-

schen ihr und den freiheitlichen Sozialisten nicht nur im Sinne eines guten Kompromisses, sondern im Sinne einer fruchtbaren Begegnung. (Eine solche Begegnung bahnt sich heute zwischen den Sozialisten und denjenigen Politikern an, die aus aktivem Christentum heraus eine Erneuerung des sozialen Lebens anstreben.) Der Neoliberalismus sucht aber seine Gefolgschaft an der falschen Stelle. Das macht ihn schwunglos und unentschlossen in Bereichen, in denen er bereit sein sollte — wehe zu tun. Markten kann nur, wer etwas zum Markten hat. Man kann die Marktwirtschaft nicht im Bunde mit den Interessenten jener historisch gegebenen Startverteilung verwirklichen, die die Marktwirtschaft weitgehend funktionsunfähig macht. Hier, und nicht im angeblich „professoralen“ Charakter des Programms, liegt der wahre Grund der Verlegenheiten des Neoliberalismus. „Professoral“ ist an dieser Lehre — wenn überhaupt etwas, dann — ihre unrealistische Nichtberücksichtigung historisch gegebener Interessenlagen. Aber Professoren müssen nicht so sein. Das hat u. a. Marx gezeigt. Nicht je lebensfremder, sondern je — mutiger neoliberaler Professoren sind, desto weniger sind sie dort beliebt, wo sie ihre Gefolgschaft suchen, aber nur als Zulieferer willkommener Argumente geschätzt werden.

Natürlich kann man die Lehre von den Interessenten, die sich Weltanschauungen liefern lassen, auch übertreiben. Der freiheitliche Sozialist von heute neigt dazu sehr wenig (vielleicht hier oder da etwas zu wenig). Natürlich gibt es unter den führenden Männern der Wirtschaft viele, die menschlich zu sehr Format haben, um nicht über den Kirchturm ihres Dorfes hinwegblicken zu können. Mit ihnen wird ein fruchtbares Gespräch immer möglich sein. Auch der freiheitliche Sozialist sucht diese Gespräche, und seine Anhänger haben viele geführt. Aber nochmals: Wie steht es mit der geschichtlich gegebenen Startverteilung? Was soll mit ihr geschehen — an und für sich und im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Wettbewerbswirtschaft? Der Sozialismus stellt diese Frage seit hundert Jahren. Katholische Sozialforscher haben sie mit strenger Entschiedenheit aufgegriffen. Die evangelische Moraltheologie widmet ihr zunehmende Aufmerksamkeit. Hat der Neoliberalismus zu ihr wesentlich mehr zu sagen als die Mahnung zu mehr Wettbewerb? Wenn ja: wo glaubt er die politischen Stützen für unbeliebte Forderungen solcher Verteilungspolitik zu finden?

Verteilt werden Lebenslagen

Verteilt wird nicht Geld, verteilt werden nicht einzelne Güter und Dienste — *verteilt werden Lebenslagen mit allen ihren „materiellen“ und „immateriellen“ Werten und Unwerten*. Daher sollte die Begriff „Lebenslage“ zum Zentralbegriff der Verteilungslehre und besonders aller Sozialpolitik werden. Bei dem vor Jahrzehnten begonnenen Bemühen darum steht die Forschung mit sozialistischer Fragestellung nicht allein. Es gibt heute Neuliberale, die sich um Ähnliches bemühen. (Wenn ich unfreundlich wäre, würde ich hier sagen: „mit süßsaurer Miene“. Aber warum sollte ich mich nicht lieber über die Tatsache der Annäherung freuen?)

Zwei immaterielle Unwerte seiner Lebenslage haben sich in neuerer Zeit beim Arbeiter immer mehr in den Vordergrund seines Bewußtseins geschoben und beschäftigen ihn und die Organisation seiner Gruppe heute fast mehr als die nicht mehr ganz so dringend der Abhilfe bedürftigen „materiellen“ Unwerte seiner Lebenslage wie geringe Lohnhöhe und unvollkommene „soziale Sicherheit“. Es sind die immateriellen Übel der praktisch unvermeidlichen sozialen Abhängigkeit und der zu geringen Möglichkeit menschlicher Bewährung und gegebenenfalls gesellschaftlicher Auszeichnung beim Wirtschaften, im besonderen zu geringer Aufstiegsmöglichkeit. Beide Übel hängen zu einem wesentlichen Teil mit der Vermögenslosigkeit des Arbeiters zusammen, aber zu-

gleich auch mit der herrschenden Politik hinsichtlich der Unternehmenstypen und mit den sozialen Mängeln unserer Schulverfassung, von denen im folgenden nicht die Rede sein soll.

Jeder sittlich gebundene Politiker von Format und jeder Sozialpädagoge werden es als hochbedeutsamen kulturellen Fortschritt empfinden, daß sich die Arbeiterschaft im Verlauf eines Jahrhunderts aus stumpfer Proletarität zu einer selbstbewußten sozialen Gruppe mit deutlich geprägtem eigenem Lebensgefühl entwickelt hat (ein Lebensgefühl, das sich natürlich wandelt — zur Zeit vielleicht nicht überall zu seinen Gunsten). Es wäre töricht, sich in der Freude über diese epochale Entwicklung durch Hinweise auf gewisse „kollektivistische“ Züge im Lebensstil dieser Gesellschaftsgruppe beeinträchtigen zu lassen. Die Vermassung ist kein Spezialmerkmal dieser Gruppe, sondern eine bedrohliche Zeiterscheinung in *allen* sozialen Gruppen *ohne jede Ausnahme* und muß anders erklärt und bekämpft werden, als dies bei Blickfixierung auf die Arbeiter und ihre Organisationen möglich ist.

Nun besteht aber hier eine wahrhaft tragische *Gegenläufigkeit der sozialgeschichtlichen Tendenzen*: In einer Zeit, in der auch der Arbeiter zum Selbstbewußtsein der Persönlichkeit gelangt, verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze, an denen der Produzent unter eigener individueller Verantwortung tätig sein kann, bis auf einen immer kleiner werdenden Rest (in Deutschland gibt es noch 15,4 vH „Selbständige“). Hier ist ein säkulares Problem entstanden, dessen Lösung höchste Kunst schöpferischer Neugestaltung des wirtschaftlichen Lebens erfordert. Wir können uns hier nicht bei der Überlegung aufhalten, daß der Arbeitsvertrag im Rechtssinne frei ist. So, wie die Dinge heute tatsächlich liegen, bedeutet der an keine bestimmten menschlichen Qualitäten geknüpfte äußerliche Vorzug des Besitzes von Vermögen *Anspruch auf Menschenführung*. Der Art, wie dieser Anspruch realisiert wird, können sich, abgesehen von der Wirkung gewisser Schutzvorschriften, die dieser Leitungsmacht Unterworfenen nicht entziehen. Sie können allenfalls von dem einen derartigen Arbeitsplatz zum anderen hinüberwechseln; aber es ist reiner Zufall, wenn sie dort eine andere Situation antreffen. Dieser Zustand trifft zwar auch die gehobenen Schichten der abhängigen Produzenten; aber er trifft sie in wesentlich milderer Form, gemildert durch den ihnen entgegengebrachten höheren sozialen Respekt sowie durch eigene abgeleitete Leitungsbefugnisse.

Dieses Übel läßt sich weder durch Einstellung von Psychologen in die Betriebe noch romantisch durch Rückkehr zu Unternehmens-*Idyllen* beheben. Zwar gibt es einige sehr beachtliche neue Tendenzen zugunsten des Mittel- und Kleinbetriebes. Im ganzen handelt es sich aber bei der erdrückend hohen Zahl der Unselbständigen um Wirkungen der allgemeinen Industrialisierung auf der Grundlage der heutigen Politik hinsichtlich der Unternehmenstypen und der herrschenden Vermögensverteilung. Das Übel wiegt dabei, gemessen am eigentlichen Sinn des individuellen und sozialen Lebens, so schwer, daß hier selbst Maßnahmen gerechtfertigt sein können, die, bezogen auf die Regeln für die einzelnen Teilbereiche des sozialen Lebens, nicht „konform“ sind. Ohne Zweifel wird es *stets* auf die menschlichen Haltungen im Betrieb ankommen, und vieles ist da besser geworden. Aber das reicht nicht. Unter den gegebenen Verhältnissen kommt es auch auf ausreichende institutionelle Maßnahmen an.

Neue Formen der Verantwortung im Wirtschaftsleben

Es ist klar, daß heute im industriellen Sektor der Volkswirtschaften Verantwortung nur noch als Mitverantwortung, Eigentum für die „Kleinen“ nur noch als Miteigentum oder Gemeinschaftseigentum und Dispositionsrechte nur noch als Mitbestimmungsrechte verwirklicht werden können; also als das, was man mit Vorbehalt als „Surrogate der Selbständigkeit“ bezeichnen könnte. M.a.W., der alleingängerische Einzelunternehmer,

die Unternehmergeellschaften und die „angestellten Unternehmer“ der Kapitalgesellschaften — ganz zu schweigen von ihren Inhabern — müssen irgendwelche Rechte abtreten, wenn dieser kulturellen Not unserer Zeit gesteuert werden soll, die ja *nur die andere Seite einer kulturellen Chance unserer Zeit* ist.

Hier erhebt sich nun in der Tat unter dem Gesichtspunkt der „Konformität“ das Problem, ob nicht derjenige *mithaften* müsse, der mitbestimmen will. Aber wir sehen klar: Hier kann die Forderung der Modellkonformität — gewissermaßen ein wirtschaftsrechtlicher Ressortpartikularismus — unmöglich das letzte Wort haben. Es geht um größere Dinge. Man stelle sich einmal vor, das Vermögen wäre so verteilt, daß sich niemand mehr bereit fände, mit einem Unternehmen einen Arbeitsvertrag abzuschließen, der ihm nicht Mitbestimmungsrechte einräumte. Diese Situation würde der Liberalist als „natürlich“ hinnehmen und sich ihr anpassen. Er würde zunächst versuchen, den Partner zur Beteiligung zu bewegen; und wenn er auch dies nicht erreichte, würde er die Mitbestimmung bedingungslos zugestehen. Er würde dann wohl die Erfahrung machen, die schon heute einige Unternehmer besitzen, daß sich auch mit dem wirtschaftlichen Mitbestimmungsrecht sehr wohl arbeiten läßt. (Auch der Verfasser hat das bei der Sanierung eines großen Unternehmens vor Jahrzehnten einmal praktisch erprobt.)

Aber unterstellen wir einmal, es sei anders, und akzeptieren wir die These, daß in den wirtschaftlichen, also den eigentlich wesentlichen Fragen Mitbestimmung nur haben solle, wer auch vermögensrechtliche Haftungen übernimmt! Dann kann das bei der Bedeutung des ganzen Problems nur heißen, daß man den abhängigen Produzenten *nicht weniger, sondern mehr als das begehrte Mitbestimmungsrecht* bietet. In der Tat sollte ihnen, um deren Würde es hier geht, *in ausreichendem Umfang die Möglichkeit eröffnet werden, solche vermögensrechtliche Haftung zu übernehmen*: d. h., es sollte ihnen Vermögensbildung ermöglicht werden.

Das bedeutet entweder echte dirigistische Umverteilungen des Vermögens, wie sie im agrarischen Sektor seit Jahrtausenden in allen Erdteilen immer wieder vorgenommen worden sind und heute im Falle des Lastenausgleichs dem allgemeinen Rechtsgefühl des Volkes entsprechen. Oder aber, man entschließt sich zu wirksamer Förderung rascher Vermögensbildung durch lenkerische Begünstigung des Sparens und vor allem zu entsprechender Lenkung des Kredits. (Was hätte nach dem Kriege in dieser Hinsicht zur Gesundung unserer sozialen Verhältnisse alles geschehen können, wenn die inländischen und ausländischen Mittel zur Förderung der Neuinvestitionen unter diesen Gesichtspunkt gestellt worden wären! Es ist bisher im Industriesektor trotz aller Anregungen von sozialistischer Seite nicht einmal im Lastenausgleich geschehen. Es hat hier an schöpferischer Phantasie gefehlt.) Oder schließlich, man legt so große Teile des Einkommens der Oberschichten auf die wirtschaftlich schwachen abhängigen Produzenten um, daß es bei ihnen gewissermaßen von selbst zur Vermögensbildung und von da aus zur Übernahme von Haftungen in Verbindung mit Mitbestimmung an der Stätte des Vermögenseinsatzes kommen kann. In dieser Hinsicht haben unabhängig voneinander sozialistische Theoretiker und nichtsozialistische katholische Sozialwissenschaftler nach dem Krieg immer wieder betont, daß das volkswirtschaftliche Erfordernis der Kapitalbildung nicht gegen hohe Löhne spricht, wenn gleichzeitig wirksame Maßnahmen getroffen werden, die das Sparen erleichtern und anreizen oder dahin führen, daß Einkommensanteile in Gemeinschaftsunternehmen eingebracht werden.

Der freiheitliche Sozialist wird den ersten Weg — also den Weg der dirigistischen Umverteilung von individuellem und Gruppenvermögen — nur gegen Entschädigung und auch nur, soweit sich kein anderer Ausweg bietet, beschreiten wollen. Zwar geschähe derartige im Dienste der Idee des Eigentums und nicht zur Verletzung dieser Idee; die Persönlichkeitswerte, die mit dem Eigentum verbunden sind, würden auch

denjenigen Menschen zugänglich gemacht werden, denen eine ungerechte geschichtlich gegebene Verteilung sie bisher vorenthält. Aber es würde sich wie beim Lastenausgleich um einen Eingriff in — subjektiv gesehen — wohlverworbene Rechte handeln, der nur aus zwingenden Gründen und also nur insoweit zulässig ist, als nicht andere Wege zuverlässig zum gleichen Erfolg führen. Immerhin könnte man an ähnliche Maßnahmen wie in der Landwirtschaft die Erfassung „auslaufender“ und „wüster“ Höfe für Flüchtlingsiedler auch zugunsten von Arbeiter-Gemeinschaftsunternehmen in der Industrie, ferner an geeignete Auflagen in dieser Richtung bei der Investierung von Lastenausgleichsmitteln in der Industrie und an Ähnliches denken. Vor allem aber könnten *neu zu gründende* Unternehmen in diese Richtung gelenkt werden. Als organisatorische Form solcher Unternehmenstypen würde sich im allgemeinen die sog. Produktivgenossenschaft *nicht* eignen. Aber es gibt erprobte bessere Formen kapitalgesellschaftlicher Art, für die sich hinsichtlich der Vertriebenen der „Ständige Ausschuß für Selbsthilfe“ einsetzt. In allen diesen Fällen wird das Nächstliegende getan. Es wird Mitverantwortung und Mitbestimmung geschaffen, indem die bisher Abhängigen *gemeinschaftlich die eigentlichen Träger des Unternehmens werden*. Die kulturelle und sittliche Situation der industrialisierten Volkswirtschaften unserer Zeit gestattet nicht, daß abgewartet wird, ob sich etwa eine derartige Entwicklung, die die heutige Mitbestimmungsbewegung überhöhen würde, von selbst einstellen wird. Angesichts der Vermögenslosigkeit der abhängigen Produzenten ist das höchst unwahrscheinlich. Die bloße institutionelle und sozialpädagogische Sicherung des Wettbewerbes kann dieses Problem nicht lösen. Die wirtschaftlich schwachen Abhängigen bedürfen auf diesem Gebiete wirksamer verteilungspolitischer und investitionspolitischer Starthilfe und fördernder Maßnahmen von ähnlicher Art, wie die vor hundert Jahren von *Friedrich List* für das Gebiet des Außenhandels empfohlenen befristeten „Erziehungs“-Maßnahmen.

Auch diese Betrachtung möge mit einer Frage beendet werden: Kann der Neoliberalismus zur Lösung der Probleme, die die wirtschaftliche Abhängigkeit von über SO vH der Produzenten aufwirft, Vorschläge entwickeln, die nicht in der Empfehlung von Idyllen bestehen, sondern konstruktiv und umfassend genug sind? Solche Programme brauchen die Marktwirtschaft nicht zu gefährden. Sie sind unentbehrlich zur Lösung sozialer und kultureller Kernfragen unserer Zeit.

*Böhm*¹⁾ sagt mit Recht, es könne einen guten Sinn haben, von „Marktwirtschaft von links“ zu sprechen. Der freiheitliche Sozialismus hat diese Formel geprägt. Seine Anhänger sind von der Neuartigkeit dieser Formel selbst fast ein wenig benommen, obwohl sie der folgerichtige Abschluß einer mindestens dreißigjährigen Entwicklung ist. Aber der freiheitliche Sozialismus würde seinen Sinn verfehlen, wenn er sich in der Stellungnahme zu einem Problem erschöpfte, das nicht nur unter gesamtpolitischem Aspekt, sondern sogar schon unter wirtschaftspolitischem Aspekt nur ein Teilproblem ist. Eine Geste der Verständigungsbereitschaft, wie sie Böhms Artikel unverkennbar bedeutet, sollte den freiheitlichen Sozialismus nicht auf diese Bahn drängen wollen. Böhm selbst verwahrt sich gegen die Deutung, als könnten alle Probleme in der Blickrichtung zur Marktwirtschaft gesehen werden. Aber was er zu den von uns erörterten wirtschafts-, sozial- und kulturpolitischen Kernproblemen sagt oder vielmehr nicht sagt, zeigt doch, daß zwischen Neoliberalismus und freiheitlichem Sozialismus diese Kernfragen zum mindesten noch offen sind. Am Ende meint Böhm, konzentriert auf die „reine Lehre“, schließlich doch nur, der Sozialist könne getrost der Marktwirtschaft vertrauen und bietet dem Sozialismus im Bereich seiner Kernanliegen, soweit sie mit dem Verhältnis zur Marktwirtschaft nichts zu tun haben, recht eigentlich — nichts. Ja, weniger als nichts: ein herablassendes Schulterklopfen.

1) Franz Böhm, Marktwirtschaft von links und von rechts, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 248 vom 24. Oktober 1953